

## 24. Steuerrechtliche Jahresarbeitsstagung Wiesbaden, vom 14. bis 16. Mai 1973

### Aktuelle Fragen aus der Steuergesetzgebung

Ministerialdirektor Dr. Karl Koch, Bundesministerium der Finanzen

- I. Einleitung
- II. Die steuerlichen Maßnahmen zur Konjunkturdämpfung
  1. Stabilitätsabgabe
  2. Die Investitionssteuer
  3. Zeitweilige Einschränkung der degressiven AfA
  4. Beseitigung der degressiven Abschreibung für Gebäude
  5. Zeitweilige Aussetzung der erhöhten Absetzungen nach § 7b EStG
  6. Aufhebung der Abzugsfähigkeit für Schuldzinsen als Sonderausgaben
  7. Änderung des Investitionszulagengesetzes
  8. Erhöhung der Mineralölsteuer
- III. Zum Fortgang der Arbeiten an der Steuerreform
  1. Reform der Abgabenordnung
  2. Zum Zweiten Steuerreformgesetz
    - a) Grundsteuer
    - b) Erbschaftsteuer
    - c) Sonstige im Zweiten Steuerreformgesetz vorgesehene Maßnahmen
  3. Zum Dritten Steuerreformgesetz
- IV. Vordringliche Gesetzesänderungen
  1. Das Zweite Steueränderungsgesetz 1973
  2. Entwicklungshilfesteuergesetz
  3. Weitere Steuerrechtsänderungen
- V. Schlussbetrachtung

### Die Steuerverwaltung — gestern — heute — morgen — Bewährung des gesetzlichen Auftrags im Wandel der Zeit

Oberfinanzpräsident Dr. Klaus Arlt, Berlin

- A. Einleitung
- B. Darstellung der Probleme
  - I. Höherer Arbeitsaufwand durch komplizierte Gesetzesmaterie
  - II. Erhöhter Arbeitsaufwand durch explosionsartiges Anwachsen der Besteuerungsfälle
  - III. Personallage (Personalmangel) — Ausbildung — Besoldung
  - IV. Geringe Effizienz durch veraltete Verwaltungsstrukturen
- C. Maßnahmen zur Lösung der Probleme
  - I. Vereinfachung des Steuerrechts
  - II. Verbesserung der Personalsituation

- III. Ausbildung in der Steuerverwaltung
    - 1. Derzeitige Rechtssituation
    - 2. Veränderte Strukturerefordernisse durch fachhochschulgesetzliche Regelungen
    - 3. Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen
    - 4. Rationalisierung der Ausbildung und Fortbildung
  - IV. Rationalisierung der Arbeitsabläufe
    - 1. Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung im Steuerfestsetzungs- und -erhebungsbereich
    - 2. Gruppierung der Steuerfälle
    - 3. Betriebsnahe Veranlagung
    - 4. Veranlagende Betriebsprüfung
  - V. Änderungen in der Organisationsform der Finanzämter
    - 1. Versuchsmodelle und Versuchsfinanzämter
    - 2. Auskunftsbereitschaft der Finanzämter
    - 3. Konzentrierung bestimmter Aufgaben
  - VI. Systematische Zukunftsplanung
- D. Vorschläge zur Änderung des geltenden Steuerrechts, zur Vereinfachung der Besteuerung der Arbeitnehmer und des Prämienverfahrens sowie eine kritische Würdigung der im Gesetzgebungsverfahren beabsichtigten Reformen aus der Sicht der Verwaltung
- I. Vorbemerkungen
  - II. Einkommensteuer
  - III. Lohnsteuer
  - IV. Prämien und Zulagen
  - V. Kraftfahrzeugsteuer
  - VI. Abgabenordnung
- E. Zusammenfassung und Ausblick

## **Auslegung und Fortentwicklung des deutschen Außensteuerrechts und des internationalen Steuerrechts unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Rechtsprechung**

Ministerialdirigent Dr. Helmut Debatin Bundesministerium der Finanzen

- I. Entwicklung des internationalen Steuerrechts
- II. Systematisches im Verhältnis zum nationalen Steuerrecht
- III. Rechtsprechungsspannweite
- IV. Die subjektive Abkommensberechtigung
  - 1. Steuerliche Subjekteigenschaft
  - 2. Stellung als Einkunftsbezieher bzw. Vermögensinhaber
  - 3. Subjektive Qualifikationskonflikte
- V. Auslegung der Doppelbesteuerungsabkommen nach ihrem eigenen Aussagegehalt
- VI. Auslegungsgegenstände der Rechtsprechung
- VII. Die „isolierende Betrachtungsweise“ als Auslegungsmaßstab
  - 1. Auslegung zum innerstaatlichen Recht
  - 2. Isolierende Betrachtungsweise auf der Abkommensebene

## VIII. Steuerliche Gewinnzuordnung auf zwischenstaatlicher Ebene

1. Problemstellung
2. Gewinnbestimmung bei Betriebsstätten
  - a) Zur Frage der Gewinnermittlungsmethode
  - b) Gewinnrealisierung bei Oberführung von Wirtschaftsgütern zwischen Stammhaus und Betriebsstätte
3. Gewinnzuordnung zwischen rechtlich selbständigen Unternehmen

## **Einzelfragen des Schachtelprivilegs nach dem Außensteuerreformgesetz**

Rechtsanwalt Dr. Hans-Peter Reuten, Fachanwalt für Steuerrecht, Frankfurt

### I. Vorbemerkungen

### II. Indirekte Steueranrechnung im Meinungsstreit

1. Allgemeines
2. Indirekte Steueranrechnung bei Ausschüttungen „guter“ Tochtergesellschaften
  - a) Voraussetzungen
  - b) Auswirkungen (ohne Entwicklungsländer)
  - c) Auswirkungen im Sonderfall der Entwicklungsländer
3. Indirekte Steueranrechnung für die „Durchleitung“ des Gewinns von Enkelgesellschaften
  - a) Voraussetzungen
  - b) Auswirkungen
  - c) Verhältnis der Absätze 2 und 5 des § 19a KStG zueinander

### III. Vermögensteuerliches Schachtelprivileg mit Tücken

1. Allgemeines
2. Schachtelprivileg für Beteiligungen an „guten“ Tochtergesellschaften
  - a) Voraussetzungen
  - b) Auswirkungen
3. „Durchgeleitetes“ Schachtelprivileg für mittelbare Beteiligungen an Enkelgesellschaften
  - a) Voraussetzungen
  - b) Auswirkungen
  - c) Verhältnis der Sätze 1 und 2 des § 102 Abs. 2 BewG zueinander

### IV. Besonderheiten beim gewerbsteuerlichen Schachtelprivileg

1. Gewerbebeertragsteuer
2. Gewerkekapitalsteuer

### V. Abschließende Betrachtungen

## **Zusammenfassung der Podiumsdiskussion und Aussprache über den Stand des internationalen Steuerrechts und Einzelfragen des Außensteuergesetzes**

Leiter der Diskussion:

Professor DR. KLAUS VOGEL, Heidelberg

Teilnehmer der Diskussion:

Ministerialdirigent DR. DEBATIN, BFM Bonn

Rechtsanwälte und Fachanwälte für Steuerrecht DR. FLICK, Bonn

DR. HEINING, Köln

DR. RAUPACH, München

DR. REUTER, Frankfurt

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Duisburg

1. Auslegung des Verweises „unbeschadet anderer Vorschriften“ in § 1 AStG
2. Gewinnermittlung der Betriebstätte
3. Funktionale Abgrenzung der Tätigkeiten i.S. des § 8 Abs. 1 AStG
4. Ermittlung der ertragsteuerlichen Belastung passiver Einkünfte gem. § 8 Abs. 3 AStG
5. Verhältnis DBA – nationales Steuerrecht
6. Steuerrechtliche Qualifikation ausländischer Gesellschaften
7. Begrenzung der Anrechnung ausländischer Ertragsteuern

### **Grundprobleme der Gewinnverwirklichung im Steuerrecht**

Rechtsanwalt Dr. Arndt Raupach Fachanwalt für Steuerrecht, München

- I. Zu den Begriffen Gewinn-(Verlust-)Verwirklichung und Gewinn-(Verlust-)Ausweis
  1. Unterschied zwischen „Verwirklichung“ und „Ausweis“
  2. Ausweis von Aufwendungen und Erträgen
  3. Bedeutung für die steuerliche Gewinnermittlung
- II. Gewinn- und Verlustausweis auf Grund des Realisationsprinzips
  1. Bedeutung des Realisationsprinzips
  2. Inhalt des Realisationsprinzips
  3. Zeitpunkt des Gewinnausweises
  4. Bilanzierung schwebender Geschäfte
    - a) Begriff und Ausweis
    - b) Bilanzierung von Anzahlungen (Abgrenzung zu Teilherstellungskosten)
  5. Gewinnrealisierung im Konzern
- III. Gewinnausweis außerhalb des Realisationsprinzips
  1. Entnahme
  2. Verdeckte Gewinnausschüttung und verdeckte Einlage
    - a) Zum Problem der Fiktionen
    - b) Zum Problem der Anwendung von Einlage- und Entnahmenvorschriften
  3. Sonstige Fälle des Gewinnausweises
    - a) Wechsel in der subjektiven Steuerpflicht
    - b) Änderung der objektiven Steuerpflicht durch Überführung von Wirtschaftsgütern
    - c) Änderung der objektiven Steuerpflicht durch andere Maßnahmen des Steuerpflichtigen
    - d) Änderung der objektiven Steuerpflicht auf Grund geänderter Rechtslage
  4. Prinzip der Steuerentstrickung

### **Bemerkungen zur Einbringung von Betrieben in eine Kapitalgesellschaft**

Ministerialdirigent Dr. Leo Hübl, BMF Bonn

- I. Die Verdoppelung der stillen Reserven durch die Sacheinlage
  1. Die gesetzliche Regelung
  2. Kritik
    - a) Der Vorschlag von Keuck
    - b) Die EWG-Richtlinie

- II. Die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz
  1. Der Grundfall
  2. Die einzelnen handelsrechtlichen Auffassungen und ihre steuerrechtlichen Konsequenzen
    - a) Ansatz der Sacheinlage mit dem Zeitwert
    - b) Ansatz der Sacheinlage unter dem Nennwert der neuen Anteile
    - c) Wahlrecht beim Ansatz der Sacheinlage

**Rückgängigmachung von verdeckten Gewinnausschüttungen nach Handels- und Steuerrecht**  
Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, Fachanwalt für Steuerrecht Dr. Clans Dopfer, Starnberg/Obb.

1. Einleitung
2. Der Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung im Steuerrecht und Handelsrecht
3. Maßgeblichkeit des Zivil- und Handelsrechts für die Annahme einer verdeckten Gewinnausschüttung in der neueren Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
  - a) Urlaubsabgeltung
  - b) Ende einer Betriebsaufspaltung,
  - c) Nachzahlungen
  - d) Ausstehende Einlagen
  - e) Gewinnlose Gesellschaft
  - f) Bauzinsen
  - g) Kapitalherabsetzung
4. Die Rückgängigmachung von verdeckten Gewinnausschüttungen in der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs
5. Die handelsrechtlichen Möglichkeiten
6. Sinn und Grenzen der Steuerklauseln
7. Ausblick

**Kurze Zusammenfassung der Podiumsdiskussion und Ansprache über aktuelle Fragen der steuerrechtlichen Gewinnermittlung bei gleichzeitiger Behandlung der Referate**

Leiter der Diskussion-

Richter am BFH DR. DÖLLERER, München

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. MEYER-ARNDT, Köln

Teilnehmer der Diskussion:

MinDirigent DR. HÜBL, BFM Bonn

Rechtsanwalt und Wirtschaftsprüfer, Fachanwalt für Steuerrecht DR. DOPFER, Garmisch-Partenkirchen

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. RAUPACH, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Duisburg

1. Gewinnverwirklichung beim Bau und Verkauf von Eigentumswohnungen
2. Bilanzierung von Anzahlungen
3. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) bei grenzüberschreitenden Vorgängen
4. Anwendung des Tauschgutachtens des BFH vom 16.12.1958 (BStBl 1959 III S. 30) auf unbebaute Grundstücke
5. Ausweis von Kursgewinnen bei Auslandsverbindlichkeiten
6. Vermeidung der zweifachen Besteuerung der eingebrachten stillen Reserven gem. § 17 UmwStG
7. Diskriminierung beschränkt Steuerpflichtiger durch Einbringung zum Teilwert gem. § 17 Abs. 3 UmwStG
8. Zulässigkeit der Einbringung zu einem „Unter-pari-Wert“
9. Gewerbesteuerliche Behandlung einbringungsgeborener Anteile

10. Missbrauch gem. § 24 UmwStG bei stufenweiser Umwandlung
11. Aktivierung einer Forderung auf Rückzahlung einer verdeckten Gewinnausschüttung als Bilanzberichtigung
12. Auswirkungen einer Steuerklausel in Form der Satzungsklausel beim Konkurs der GmbH
13. Anwendung des § 6b WStG auf vGA

### **Aktuelle Fragen aus dem Ertragsteuerrecht der Personengesellschaften, insbesondere der Familien-Personengesellschaften**

Dr. Ludwig Schmidt

- A. Zur steuerlichen Anerkennung von Familien-Personengesellschaften, insbesondere mit minderjährigen Gesellschaftern
  - I. Vormundschaftliche Genehmigung
  - II. Abschlusspfleger bei mehreren minderjährigen Kindern
  - III. Dauerpfleger
- B. Zur Gewinnverteilung bei Familien-Personengesellschaften
  - I. Der Beschluss des Großen Senats
  - II. Hinweise für die Anwendung dieses Beschlusses in der Praxis
- C. Zur Gewinnverteilung bei typischen stillen Gesellschaftsverhältnissen zwischen Familienangehörigen
  - I. Die Kapitaleinlage stammt aus einer Schenkung des Unternehmers
  - II. Die Kapitaleinlage stammt nicht aus einer Schenkung des Unternehmers
  - III. Mischfälle
- D. Probleme der Gewinnrealisierung bei Personengesellschaften
  - I. Realteilung
  - II. Barabfindung eines ausscheidenden Gesellschafters über den Buchwert seines Kapitalkontos
  - III. Sachwertabfindung eines ausscheidenden Gesellschafters
  - IV. Überführung von betrieblichem Sondereigentum eines Gesellschafters in das Gesamthandsvermögen der Gesellschaft
- E. Zur Abgrenzung von laufendem Gewinn und tarifbegünstigtem Veräußerungsgewinn beim Ausscheiden eines Gesellschafters aus einer Personengesellschaft
- F. Zur Beurteilung von Tätigkeits- und Nutzungsvergütungen der Personengesellschaft an ihre Gesellschafter
  - I. Pensionsverpflichtungen der Gesellschaft gegenüber ihren Gesellschaftern
  - II. Versorgungsleistungen an ehemalige Gesellschafter
  - III. Tätigkeits- und Nutzungsvergütungen bei mittelbarer Beteiligung
- G. Unentgeltlicher Nießbrauch an einem Betriebsgrundstück
  - I. Die unentgeltliche Übertragung eines Betriebs- oder Mitunternehmeranteils unter Vorbehalt des Nießbrauchs an einem Betriebsgrundstück
  - II. Unentgeltliche Bestellung eines Nießbrauchs an einem Betriebsgrundstück zugunsten eines betriebsfremden Familienangehörigen
- H. Der Nießbrauch am Anteil an einer Personen-Handelsgesellschaft
  - I. Das negative Kapitalkonto des Kommanditisten und atypischen stillen Gesellschafters, insbesondere bei Auflösung und Beendigung der Gesellschaft
    - I. Das negative Kapitalkonto bei Auflösung und Beendigung der Gesellschaft negative Beendigung
    - II. Zur sog. steuerlichen Anerkennung des negativen Kapitalkontos des Kommanditisten oder des atypischen stillen Gesellschafters
    - III. Ausblick

## **Neueste Rechtsprechung des BFH zum Bewertungsrecht**

Richter am Bundesfinanzhof Dr. Max Rid, München

- I. Betriebsvermögen
  1. Vermögensseite
    - a) Geschäftswert
    - b) Erfindungen, Know-how
    - c) Teilwert
  2. Schuldenseite
    - a) Wechselobligo
    - b) Steuerschulden
    - c) Schuldabzug auf Grund einer typischen stillen Beteiligung
- II. übriges Vermögen
  1. Zurechnung des Vermögens von Personengesellschaften
  2. Anteile an Familienkapitalgesellschaften
  3. Tantiemeansprüche
  4. Weihnachtsgeldzusage

## **Auch die Mehrwertsteuer hat ihre Probleme**

Dr. Günter Rau, Steuerreferent im Deutschen Industrie- und Handelstag, Bonn

- I. Einleitung
- II. Unternehmensbegriff
- III. Eigenverbrauch
- IV. Verdeckte Gewinnausschüttung
- V. Sachzuwendungen an Arbeitnehmer
- VI. Zivilrechtliche Vereinbarungen
- VII. Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs
- VIII. Bauten und Einbauten auf fremden Grundstücken
- IX. Selbstverbrauchsteuer
- X. Umsatzsteuer freier Berufe

## **Abschreibungsobjekte nach bekannten und neuen Modellen**

Dipl.-Kfm. Dr. Jürgen Killius, Rechtsanwalt, München

- I. Abschreibungsobjekte in betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Sicht
  1. Zur Kritik an Abschreibungsobjekten
  2. Das negative Kapitalkonto des Kommanditisten als Kernproblem der Abschreibungsgesellschaften
  3. Wirkungsbereich der Verlustklauseln — nicht betroffene Abschreibungsgrundlagen
    - a) Berlinvergünstigungen
    - b) Förderung privater Krankenanstalten
    - c) Maßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes
    - d) Förderung von Forschung und Entwicklung
    - e) Förderung von Baumaßnahmen im Städtebau
    - f) Doppelbesteuerungsabkommen und AuslinvG

- II. Privatkrankenhäuser als Abschreibungsobjekte
  - 1. Vorbemerkungen
  - 2. Sonderabschreibung nach 5 75 EStDV
    - a) Inhalt der Steuervergünstigung
      - (i) Höhe der Abschreibung
      - (ii) Bemessungsgrundlage der Sonderabschreibung
      - (iii) Zeitpunkt der Inanspruchnahme
      - (iv) Betragsmäßige Begrenzung der Sonderabschreibung
  - 3. Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Sonderabschreibung
    - a) Begriff der „Krankenanstalt“
    - b) Die Krankenversorgung muss in besonderem Maße der minderbemittelten Bevölkerung dienen
    - c) Konzession nach § 30 GewO
    - d) Ordnungsmäßigkeit der Buchführung
  - 4. Wegfall der Steuervergünstigung
  - 5. Sonstige Steuervergünstigungen
    - a) Vermögensteuer
    - b) Gewerbesteuer
    - c) Umsatzsteuer
- III. Erdöl- und Erdgasbohrungsobjekte
  - 1. Vorbemerkungen
  - 2. Projekttypen
    - a) Direkte Erschließung von Erdöl- und Erdgas-Vorkommen im Ausland
    - b) Zwischenschaltung ausländischer Tochterkapitalgesellschaften
    - c) Berücksichtigung von Vorschriften des ausländischen Steuer- und Gesellschaftsrechtes
  - 3. Gesellschaftsrechtliche Aspekte
    - a) Ort der Geschäftsleitung
    - b) Beteiligung an einer zweistufigen Kommanditgesellschaft
  - 4. Besteuerung der direkten Betätigung im Ausland
    - a) Tätigkeit in einem Nicht-DBA Staat
      - (i) Vorbemerkung
      - (ii) Die Hannover'schen Grundsätze
    - b) Tätigkeit in einem DBA-Staat
      - (i) Vorbemerkung
      - (ii) Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben
        - (a) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für aktivierungspflichtige Wirtschaftsgüter
        - (b) Nichtabzugsfähigkeit von Ausgaben, die mit steuerfreien Einnahmen im Zusammenhang stehen
        - (c) Beschränkung der Abzugsfähigkeit allgemeiner Verwaltungskosten durch ein DBA
      - (iii) Progressionsvorbehalt
      - (iv) Anwendung des 5 2 AuslinvG
  - 5. Besteuerung der Beteiligungen an ausländischen Tochterkapitalgesellschaften
    - a) Besteuerung der Tochtergesellschaft und ihrer inländischen Anteilinhaber
    - b) Gewerbliche Tätigkeit der Kommanditgesellschaft
    - c) Wertberichtigungen auf Beteiligungen an Tochterkapitalgesellschaften
    - d) Geltendmachung von Begünstigungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes und des AuslinvG

### **Steuerbegünstigtes Immobilieneigentum**

Rechtsanwalt Michael Bögen, München

- I. Vorbemerkung: Überblick über die Möglichkeiten steuerbegünstigter Kapitalanlagen in Immobilieneigentum

- II. Geschlossene Immobilienfonds
  - 1. Rechtliche Konstruktion, Abgrenzung zu offenen Fonds
    - a) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
    - b) Steuerfreie Ausschüttungen
    - c) Verlustzuweisungen
    - d) Vermögensteuer
    - e) Grund- und Grunderwerbsteuer
    - f) Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer
- III. Eigentumswohnungen mit Verlustzuweisung
  - 1. Das Konzept
  - 2. Zivilrechtliche Ausgestaltung
  - 3. Problematik der Bauherreneigenschaft
    - a) Grundsätzliches zum steuerrechtlichen Bauherrenbegriff
    - b) Auswirkungen der Verwaltungsauffassung
  - 4. Steuerliche Behandlung
    - a) Vorweggenommene und vorzogene Werbungskosten
    - b) Die einzelnen Posten
    - c) Steuerstundung oder Steuerersparnis
    - d) Grund- und Grunderwerbsteuer
    - e) Vermögensteuer
    - f) Umsatzsteuer
  - 5. Hamburger Modell
  - 6. Eigentumswohnungen mit Verlustzuweisung im Ausland
- IV. Wohngebäude und Eigentumswohnungen in Berlin
  - 1. Vergünstigung des § 14a BerlinFG
  - 2. Vergünstigung nach § 7b EStG 1961
  - 3. Wahlrecht
- V. Gewerblich genutzte Eigentumswohnungen mit Verlustzuweisungen
- VI. Auswirkungen der Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung

### **Kurze Zusammenfassung der Podiumsdiskussion und Aussprache über Abschreibungsobjekte und steuerbegünstigtes Immobilieneigentum nach bekannten und neuen Modellen**

Leitung der Diskussion:  
Professor DR. ROSE, Köln

Teilnehmer der Diskussion:  
Rechtsanwalt BÖGER, München  
Ministerialdirigent DR. HÜBL, BFM Bonn  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Dipl.-Kfm. DR. KILLIUS, München  
DR. RAU, Bonn  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht DR. RAUPACH, München  
Richter am BFH DR. SCHMIDT, München

Bearbeiter der Diskussionsergebnisse:  
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht HALLERBACH, Duisburg

- 1. Übersicht über das zweite Gesetz zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes
  - 1.1. Selbstverbrauchsteuer
  - 1.2. Korrektur des Vorsteuerabzugs
- 2. Abschreibungsobjekte und steuerbegünstigtes Immobilieneigentum in betriebswirtschaftlicher Sicht

3. Geltendmachung von Werbungskosten durch den Ersterwerber einer Eigentumswohnung
4. Abzug der Vorsteuer bei Eigentumswohnungen
5. Umfang der Herstellungskosten
6. Identität zwischen Bauherr und Bauantragsteller
7. Auswirkungen der Verlustklauseln auf die Rechtsprechung zum negativen Kapitalkonto des Kommanditisten
8. Veräußerungsgewinn bei Ausscheiden eines Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto
9. Betreiben i.S. des §75 Abs. 1 EStDV

